



Finanz und Wirtschaft, 8. November 2013

Neidökonomie

Neid kann zwar ein Ansporn sein, ist jedoch häufig bloss destruktiv und hat politische Sprengkraft.

Von Robert Nef

Der Neid entsteht im Spannungsfeld zwischen dem, was die Menschen befriedigt, und dem, was sie unbefriedigt lässt. Dass diese Spannung Neid erzeugt, ist aber nicht zwingend. Das Unbefriedigtsein kann auch zum Ansporn werden, selbst produktiv und erfinderisch zu werden und so die eigene Lage durch Leisten, Lernen, Sparen und Tauschen befriedigender zu gestalten. Das weit verbreitete Gefühl, im Vergleich zu anderen schlechter gestellt zu sein und zu kurz zu kommen, trägt also nicht automatisch den Keim des destruktiven Neides in sich, sondern kann auch zum Ansporn für ökonomischen Fortschritt, für Wettbewerb und Wachstum werden.

Trotzdem zählt der Neid in den meisten Religionen und Kulturen zu den Lastern, völlig zu Recht. Alles, was im Vergleich des schlechter Gestellten mit dem besser Gestellten positive Impulse auslöst, wird in der Soziologie der Emotionen als «helle, kreative Seite» des Neides bezeichnet, als Motor des Wettstreits und als Ansporn zur Leistungssteigerung, die auf eine individuelle und kollektive Verbesserung der Lebensumstände abzielt.

Wer aber nicht von soziologischen Theorien, sondern von den Erfahrungen des Alltags und vom allgemeinen Sprachgebrauch ausgeht, wird vor allem mit den negativen Auswirkungen des Neides konfrontiert. Der Neid ist ein Laster, das sich für die Neider und für die Beneideten und für die ganze Gesellschaft letztlich destruktiv auswirkt, indem es zur staatlichen Gleichmacherei verleitet. Nur wer Ungleichheiten und menschliche Vielfalt in ihrer schöpferischen Funktion wahrnimmt und nicht als Herausforderung zum kollektiv erzwungenen Ausgleich, ist auch in der Lage, den Neid in Schranken zu halten.

Schädigung aller wird in Kauf genommen

Immanuel Kant beschreibt den Neid als «den Hang, das Wohlergehen anderer mit Schmerz wahrzunehmen, obzwar dem eigenen dadurch kein Abbruch geschieht.» Der typische Neider konzentriert sich auf den Wunsch, dass es dem Beneideten schlechter gehe als bisher, und nimmt sogar in Kauf, dass dabei das eigene und das -allgemeine Wohlstandsniveau sinken. «Mancher gäb' ein Auge drum, dass der andere blind wäre», so ein entlarvendendes Schweizer Sprichwort. Missgunst, Undank, Schadenfreude bilden, so Kant, zusammen mit dem Neid «eine schreckliche Familie».

Die Politik, die sich ebenfalls mit menschlichen Emotionen befasst, hat den Stellenwert und die Sprengkraft des Neides schon sehr früh erkannt. Für den griechischen

Philosophen Demokrit sind die politischen Parteien durch unterschiedliche Bewirtschaftungen des Neides entstanden, die einen wollen ihn anstacheln, die andern beschwichtigen. Dies verhindert, so Demokrit, die Eintracht, die zur Lösung der grossen politischen Probleme erforderlich wäre. Neid sät und erntet Zwietracht. Kon-struktive Politik ist aus dieser Sicht eine Strategie der -gemeinsamen Neidüberwindung.

Diesem Grundsatz werden sich auch heutige Politikverantwortliche aller Parteien nicht widersetzen. Die Lösungsansätze der Neidbekämpfung, der Neidprophylaxe und der allgemeinen Entneidung einer Gesellschaft klaffen aber weit auseinander. Wer etatistisches, egalitaris-tisches und sozialistisches Gedankengut vertritt, wird den Neid durch Umverteilung bekämpfen wollen, d. h., er wird denen, die als «Bevorzugte» beneidet werden, zwangsweise etwas wegnehmen oder vorenthalten, um es an diejenigen, die als «Benachteiligte» Neid empfinden, zu verteilen. Ob es dabei je gelingt, das Phänomen des Neides einzudämmen, ist angesichts bisheriger Erfahrungen höchst fragwürdig. Jede zwangsweise Umverteilung und jeder noch so ausgeklügelte Verteilungsschlüssel (z. B. das durch keinerlei Logik und keinerlei Empirie untermauerte Einkommensverhältnis 1:12) bringen neue gewollte und ungewollte, erwartete und unerwartete -Ungleichheiten mit sich, die durch keinen staatlichen Zwangs- und Kontrollaufwand beseitigt werden können. Wahrscheinlich wird dadurch sogar mehr neuer Neid -geschaffen als alter Neid befriedigt. Wehe der Politik, die sich zunehmend oder gar abschliessend für die Einkommens- und Vermögensverteilung zuständig erklärt.

Die unter Konservativen verbreitete kulturpessimistische These, steigender Wohlstand führe wie eine Droge zu Sittenzerfall und unbezähmbarer «Gier nach mehr», ist höchst fragwürdig. Die wirklich gesellschaftszerstörende Droge ist die vom Neid getriebene Gleichmacherei, die fehlende Bereitschaft, Einkommens- und Vermögensunterschiede als normale Merkmale einer prosperierenden Wirtschaft zu akzeptieren. Was wir wohlwollend «Wohlfahrtsstaat» nennen, ist tatsächlich ein auf Pump und Kosten kommender Generationen lebender Umverteilungsstaat, der auf politischer Bewirtschaftung des Neides beruht. Die sogenannte «Schere zwischen Arm und Reich» ist ein viel beschworenes Problem, das mit dem empirisch nicht haltbaren Slogan «Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer» zum Ausdruck gebracht wird.

Möglicherweise ist die erwähnte «Schere» eine notwendige Begleiterscheinung oder gar eine Voraussetzung für den grundlegenden technisch-zivilisatorischen Wandel. Unmittelbar und personenbezogen wahrgenommen werden vor allem die grossen Gewinne, während die grossen Verluste nur mittelbar in Erscheinung treten. Nur wenn das Risiko von Verlusten durch die Chance auf Gewinne aufgewogen wird, kommt es zu den Investitionen in Innovationen, die mittel- und langfristig das materielle Wohlstandsniveau für alle anheben. Hohe Einkommen und grosse Vermögen bilden daher eine notwendige finanzielle «Knautschzone» gegenüber hohen Risiken.

Was in der Öffentlichkeit ebenfalls zu wenig kommuniziert wird, ist die Tatsache, dass die sogenannte Ver-armung der Ärmeren nur in Relation zu einem allgemein gestiegenen Lebensstandard feststellbar ist. Verglichen mit den Armen früherer Zeiten und anderer Weltgegenden sind die heutigen Armen in Europas Wohlfahrtsstaaten wirtschaftlich gut dran. Die Schere hat sich also möglicherweise geöffnet, doch auch der Lebensstandard der Ärmsten ist gestiegen, und zwar nicht trotz der Öffnung der Schere, sondern wegen dieser Öffnung.

Wer eine marktwirtschaftliche, liberale Ordnung anstrebt, wird sich dafür einsetzen, dass sich die Verteilung und die Umverteilung von Gütern und Dienstleistungen durch freie Vereinbarungen aufgrund von vielfältigen Angeboten und Nachfragen ohne staatlichen Verteilungszwang und ohne erzwungene Maxima und Minima spontan entwickeln. Dass es in einer solchen offenen Ordnung zu Ungleichheiten kommt, nehmen die Befürworter der Marktwirtschaft als «Preis der Freiheit» und als Motor des technisch-zivilisatorischen Fortschritts in Kauf.

Linke vernachlässigt Produktivität

Für die Vermeidung von Exzessen wird an die Vernunft der Beteiligten appelliert, eine Erwartung, die zwar -niemals lückenlos erfüllt wird, die aber den Neid doch auf wenige Ausnahmen fokussiert. Die auch in offenen Gesellschaften vorhandenen Neidgefühle lassen sich weitgehend in die Bahnen des Wetteiferns lenken. Wirtschaftlicher Erfolg wird in einem solchen Umfeld zum Ansporn und nicht zur Quelle rein destruktiver Missgunst. Jede Begehrlichkeit nach den Gütern des reicheren Nächsten und die Lust aller Gleichmacher an der zwangsweisen Schlechterstellung der Beneideten sollten definitiv als sozialschädliche Laster entlarvt werden.

Die linke Politik konzentriert sich auf die Verteilungs- bzw. Umverteilungsfrage, kümmert sich aber nicht oder zu wenig um Produktivität und Produktivitätssteigerung, die den Fundus speisen, der verteilt bzw. umverteilt werden soll. Das linkspopulistische Rezept lautet: Mehr Staatsaufgaben und mehr Staatsausgaben, und die Rechnung bezahlen die Reichen. Paradox ist dabei allerdings, dass man ja nicht gleichzeitig und nachhaltig eine Politik der egalitären Entreichung der Reichen betreiben und die stets wachsenden Staatsausgaben durch eine intensivere und progressivere Besteuerung eben dieser Gruppe finanzieren kann.